

6000 mehr offene Stellen

Meldepflicht wirkt weiter

Bern. Die wegen der Masseneinwanderungs-Initiative eingeführte Stellenmeldepflicht zeigt Wirkung. Den Vermittlungszentren für Arbeitslose wurden auch im August wieder gut 6000 mehr offene Stellen gemeldet. Das sind viel mehr als vom Seco vor der Einführung vor zwei Monaten erwartet.

Während die Konjunktur das ihre tut, wirkt auch die neu eingeführte Meldepflicht für offene Stellen in Branchen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit. Seit dem 1. Juli 2018 gibt es die Stellenmeldepflicht für Berufsarten mit einer Arbeitslosenquote von mindestens 8 Prozent.

Landwirte und Schauspieler

Derzeit sind 19 Berufsarten von der Stellenmeldepflicht betroffen, unter anderem Hilfskräfte in der Landwirtschaft, Servicepersonal und Schauspieler. Besonders hoch ist die Arbeitslosigkeit unter Betonbauern, die im Berechnungszeitraum vom 1. April 2017 bis 30. März 2018 auf eine Arbeitslosenquote von 17 Prozent kamen.

Die Zahl der bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) gemeldeten offenen Stellen legte im August konkret um 6406 auf 36410 Stellen zu. Davon unterlagen rund 21500 Stellen der Meldepflicht. Im Juli hatte sich bereits die Zahl der offenen Stellen auf rund 30000 fast verdoppelt, davon war knapp die Hälfte meldepflichtig.

Mit der Meldepflicht wird der sogenannte «Inländervorrang light» umgesetzt, den das Parlament Ende 2016 zur Umsetzung der SVP-Masseneinwanderungs-Initiative beschlossen hatte. Das seien viel mehr als erwartet, sagte Boris Zürcher, Leiter der Direktion für Arbeit im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) gestern.

Es könne also davon ausgegangen werden, dass die Arbeitgeber der Meldepflicht nachkommen. Das Seco hatte vor der Einführung beim Schwellenwert von acht Prozent mit jährlich 55000 zusätzlichen Stellen gerechnet. Die Schweizer Arbeitslosigkeit bleibt derweil wegen der starken Wirtschaft auf tiefem Niveau. SDA

Kritik an der Agrarpolitik

Avenir Suisse fordert Reformen

Zürich/Bern. Die liberale Denkfabrik Avenir Suisse kritisiert die volkswirtschaftlichen Kosten der Agrarpolitik. Sie fordert grundlegende Reformen und pocht auf den Freihandel. Der Bauernverband wies die Kritik prompt zurück. Avenir Suisse bezifferte in der gestern vorgestellten Studie die volkswirtschaftlichen Kosten für Landwirtschaft und Ernährung in der Schweiz auf über 20 Milliarden Franken im Jahr.

Knapp 3,7 Milliarden Franken oder 5,1 Prozent der Bundesausgaben entfallen laut Eidgenössischer Finanzverwaltung im kommenden Jahr auf den Sektor «Landwirtschaft und Ernährung». Rund drei Viertel dieser Ausgaben sind Direktzahlungen.

Avenir Suisse zählt 148 Millionen Franken «agrarpolitisch motivierte» Ausgaben hinzu. Ausserdem stockten die Kantone die Bundesbeiträge um 267 Millionen Franken auf. Pro Kopf bezahle die Bevölkerung in der Schweiz 1,34 Franken pro Tag für die Agrarpolitik gegenüber 32 Cent in der EU.

Zehn-Punkte-Programm

Die Denkfabrik zählt zu den volkswirtschaftlichen Kosten der Landwirtschaft, aber auch Kosten für den Grenzschutz, Nachteile beim Export wegen fehlender Freihandelsabkommen und Umweltschäden. Die Studie enthält eine «Privilegienliste» mit über 100 Positionen.

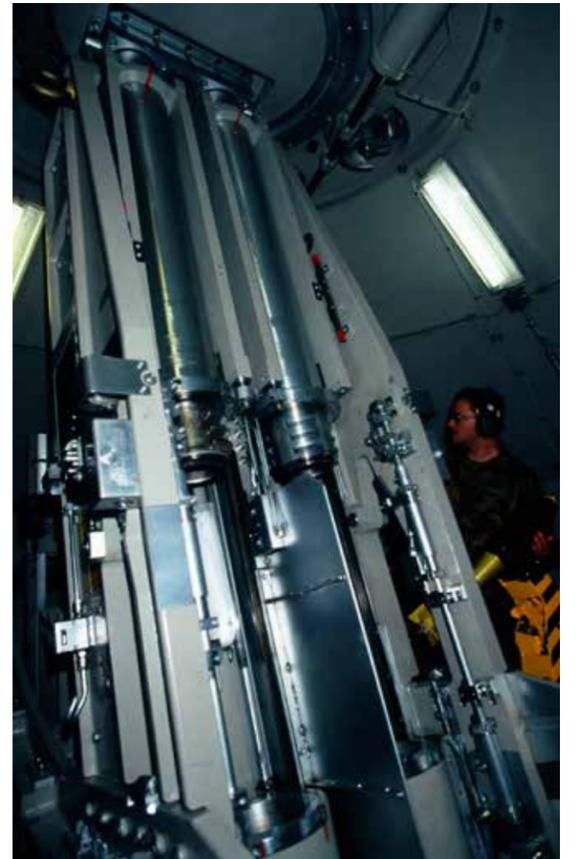
Mit einem Zehn-Punkte-Programm könnten diese volkswirtschaftlichen Kosten um rund 14,4 Milliarden Franken pro Jahr gesenkt werden, hat Avenir Suisse errechnet. Das grösste Potenzial sieht die Denkfabrik beim etappenweisen Abbau des Grenzschutzes für Agrargüter bis 2030. 7,1 Milliarden Franken der volkswirtschaftlichen Kosten könnten so eingespart werden. SDA

Der Widerstand der Artilleristen

Armee will stationäre Minenwerfer zurückbauen, die erst vor Kurzem modernisiert wurden



Die mobile Lösung. Verteidigungsminister Guy Parmelin brachte den von seinem Vorgänger Ueli Maurer aufgegleisten Kauf des Mörser 16 durch das Parlament. Foto Keystone



Die stationäre Lösung. Ein Zwillings-Festungsminenwerfer in einer Bergfestung. Foto © Schweizer Armee ZEM

Von Beni Gafner, Bern

Für eine Abfallgebühr von 25 Millionen Franken, die vorab Bauunternehmen zugute kommt, wollen Armeespitze und Verteidigungsdepartement Hunderte dezentralisierte und moderne Waffensysteme der Artillerie vernichten. Ersatz für die Unterstützung des nach wie vor bestehenden Verteidigungsauftrags der Infanterie sollen ab dem Jahr 2023 gut 30 Mowag-Piranha leisten, die mit einem Minenwerfer (Mörser 16) ausgerüstet werden (Artikel unten). Was die Feuerkraft dieser leicht gepanzerten Fahrzeuge betrifft, gleicht diese einem Klacks zu den bestehenden Anlagen, die nun abgebaut werden sollen.

Gegen diese Vernichtungsaktion defensiver Kampfkraft, die den Aufrüstungsbestrebungen von Grossmächten, Nachbarländern und anderen europäischen Staaten diametral entgegenläuft, regt sich Widerstand. Dieser kommt aus den Reihen der Schweizerischen Offiziersgesellschaft der Artillerie (Sogart) und von erfahrenen Offizieren. Sie wollen im letzten Moment verhindern, dass der Nationalrat nächste Woche den teuren Rückbau der bis noch vor wenigen Jahren vorangetriebenen Modernisierung der ortsfesten, gut geschützten Artillerie beschliesst. Das Parlament beschäftigt

sich nämlich im Rahmen der Armeebotschaft 18 in der kommenden Woche mit der «Ausserdienststellung bestehender Waffensysteme». Das Mittel des Widerstands: Ein scharfer Brief an sämtliche Nationalrätinnen und Nationalräte.

«Nachhaltige Unterstützung»

In ihrem Brief an die Nationalratsmitglieder bitten Generalstabsobst a.D. Bernhard Stadlin und der Zuger Rechtsanwalt und militärpublizistisch aktive Rudolf P. Schaub darum, die Vernichtungsaktion zu verhindern. Die 12-Zentimeter-Festungsminenwerfer seien auch in der weiterentwickelten Armee keineswegs ein – wie vom Verteidigungsdepartement dargestellt – taktisch-technisch veraltetes Waffensystem, sondern vielmehr ein äusserst nützliches und schlagkräftiges. «Aufgrund ihrer klug gewählten Standorte in der ganzen Schweiz können die Minenwerfer die Infanteriebataillone, die gemäss Botschaft zur Weiterentwicklung der Armee Achsen sperren und Schlüsselgelände halten müssen, nachhaltig unterstützen.» Sie bildeten eine Ergänzung zu den in nur geringer Zahl (32) bestellten 12-Zentimeter-Mörser-Radpanzern, die beweglich an unerwarteten Brennpunkten einsetzbar sein werden. Zudem könne mit beiden Systemen vorhandene moderne Munition verschossen werden. Es handelt

sich dabei um selbstsuchende, sogenannte «intelligente» Geschosse.

Von Kritik wird auch die Armeeführung nicht verschont. «Besonders bedenklich ist, dass die zahlreichen Mitglieder der Armeeführung schweigen und vor einer weiteren Entwaffnung unseres Landes nicht warnen.» Beim Glauben, für die Schweiz sei der ewige Friede angebrochen, handle es sich um eine naive Vorstellung, die im Widerspruch zu historischen Erfahrungen stehe und grauenhafte Folgen haben könne, heisst es im Brief.

Geringe Einsparung

In einem Fachartikel in der Zeitschrift der Schweizerischen Offiziersgesellschaft wählt auch der Präsident der Gesellschaft der Artillerieoffiziere deutliche Worte. Bis ins Jahr 2003 seien entlang der Hauptachsen und der Landesgrenze ungefähr 100 Festungsminenwerfer «Monoblocks» für rund eine Milliarde gebaut worden. «Damit werden die Kampftruppen in ihren Räumen mit Artilleriefeuer unterstützt.» Und weiter schreibt Sogart-Präsident, Oberst Markus Oetterli, die bezüglich Schutz, Präzision und Reichweite modernen und funktionsfähigen Minenwerfer seien aufgrund der steilen Flugbahn der Geschosse punktgenau auch für den Kampf im überbauten Gelände geeignet.

Die Erhaltung der stationären Minenwerfer macht für den Präsidenten der Artillerie-Offiziersvereinigung auch finanztechnisch Sinn. Die geplanten Einsparungen beim Betriebsaufwand von gerade einmal 1,5 Millionen Franken seien gegenüber der untersuchten Variante «tiefe Bereitschaft» im Vergleich zum Armeebudget klein. «Ausserdem verursacht auch die Ausserdienststellung Investitionskosten beziehungsweise Entsorgungsgebühren von 25 Millionen» – zur Vernichtung eines Anlagewerts von rund einer Milliarde Franken.

Oetterli widerspricht auch dem Argument aus dem Verteidigungsdepartement, es gebe gar keine Soldaten mehr, die die Festungsminenwerfer einsetzen könnten. Bei der artilleristischen Feuerführung und Feuerleitung gälten dieselben Einsatzverfahren wie bei der mobilen Artillerie, sagt Oetterli. Das nötige Fachwissen werde auch in jenen Artillerieabteilungen vorhanden sein, die nach der Weiterentwicklung der Armee (WEA) noch weiter bestehen bleiben.

Ob der Nationalrat solchen Argumenten folgen wird, erscheint fraglich. Denn die vorberatende Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats hat der Vernichtungsaktion im Gegenwart von einer Milliarde Franken bereits zugestimmt.

Der neue Mörser 16 ist einem ebenfalls evaluierten Produkt massiv unterlegen

Mangelhafter Ersatz

Von Rudolf P. Schaub

Mit dem Rüstungsprogramm 2016 beschaffte das VBS den 12-Zentimeter-Mörser 16. Dabei handelt es sich um den bewährten Radpanzer Piranha IV, auf dem der Ruag-Mörser Cobra montiert wird. Die Evaluation des Panzers erfolgte, als noch Bundesrat Ueli Maurer dem VBS vorstand. Zum Zeitpunkt der Gutheissung des Beschaffungskredits durch das Parlament (2016) für 32 Mörser 16 war Bundesrat Guy Parmelin VBS-Chef. Der Beschaffungsantrag zugunsten des Mörser 16 widersprach dem ursprünglichen Evaluationsergebnis. Der Lehrverband Panzer und Artillerie sowie die Armasuisse hatten sich zunächst klar für den 12-Zentimeter-Mörser Nemo des finnischen Herstellers Patria ausgesprochen. Nemo ist dem Mörser 16 allein konzeptionell weit überlegen. Er verfügt über einen geschlossenen Geschützraum (Turm), während beim Mörser 16 nur aus einem offenen

Geschützraum mit ausgefahrenem Mörser geschossen werden kann. Im Falle von gegnerischem Artilleriefeuer oder AC-Verseuchung ist der Mörser 16 nicht einsatzfähig, weil der Geschützraum nicht geöffnet werden kann, ohne dass die Besatzung gefährdet wird. In dieser Hinsicht entspricht der neue Mörser 16 dem 2009 angeblich altersbedingt liquidierten M-113 Minenwerferpanzer 64/91.

Mit dem Mörser 16 hat das VBS einmal mehr ein nicht ausgereiftes Produkt beschafft.

Der Mörser 16 ist ein Vorderlader, in dessen Rohr von zwei Meter Länge die Granaten mit einem Ladeautomaten von oben eingebracht werden. Dieser fällt durch seine komplizierte und filigrane Konstruktion auf. Seine Tauglichkeit im harten Gefechtseinsatz

dürfte mehr als fraglich sein. Im Unterschied zum Mörser 16 ist der Mörser Nemo ein Hinterlader mit einem Verschluss. Die Granaten können im Geschützraum bei offenem Verschluss unten in das Rohr gestellt werden und müssen nicht mit einem komplizierten Ladeapparat von oben ins Rohr eingeführt werden. Der Mörser Nemo ist deshalb viel weniger anfällig für Ladestörungen als der Mörser 16. Wenn solche beim Nemo eintreten, müssen sie nicht ungeschützt im Freien behoben werden.

Zum Direktschuss fähig

Nemo hat noch einen grossen, gefechtstechnischen Vorteil. Er ist zum Direktschuss fähig und kann gegnerische Panzer bekämpfen oder Infanteristen im Häuserkampf mit Direktfeuer unterstützen. Diese Fähigkeit wurde im ursprünglichen Pflichtenheft vom VBS verlangt. Dann aber als optional erklärt, als plötzlich der Ruag-Mörser Cobra aus merk-

würdigen Gründen beschafft werden musste.

Im Rüstungsprogramm 2016 wurde erklärt, mit dem Mörser 16 könne die zielsuchende Strix-Munition verschossen werden. Gemäss verlässlichen Informationen soll darauf nun verzichtet werden. Dies ist paradox und dürfte darauf zurückzuführen sein, dass sich die Strix-Munition mit dem Mörser 16 nicht verschossen lässt. Dies wäre ein Rückschritt zum Minenwerferpanzer 64/91. Mit dem Mörser 16 hat das VBS einmal mehr ein nicht ausgereiftes Produkt beschafft, an dem die Ruag aufgrund ungelöster Probleme noch werkelt, möglicherweise mit sehr ernüchterndem Ausgang. Die 32 Mörser 16 sind überhaupt kein tauglicher Ersatz für die gut 100 funktionierenden 12-cm-Festungsminenwerfer mit ihren Zwillingsrohren. Diese dürfen nicht liquidiert werden.

Anwalt Rudolf P. Schaub ist Oberstleutnant a. D. und ehemaliger zugeweihter Stabsoffizier Infanterie Regiment 24.